

Sonderpädagogik: Integration total?

Der LVB warnt!

Nach dem neuem Finanzausgleich soll die bisherige Sonderpädagogik nahezu vollständig in den Regelunterricht integriert werden. Ein EDK-Konkordat dazu ist in Vernehmlassung. Der LVB wird sich zu gegebener Zeit mit dem BL-Konzept separat auseinandersetzen.

Das ist Sache

Viele Kantone gehen – unter anderem zwecks Umsetzung des «Neuen Finanzausgleichs Bund-Kantone» (NFA) – daran, zumindest einen Teil des bisherigen separativen sonderpädagogischen Angebots **in die Regelschulen zu integrieren**. Dabei soll nicht mehr eine Finanzierung des Einzelfalls erfolgen, sondern mit einer pauschalen Finanzierung der Regelschulen aufgrund einer **Indexierung der sozialen Zusammensetzung** der Schülerschaft gearbeitet werden. Die Lehrpersonen der Regelklassen sollen mit sonderpädagogischem Fachpersonal zusammenarbeiten, welches zur Schule bzw. zum Schulkreis gehört und der gleichen Schulleitung unterstellt ist. Daneben sollen für nicht integrierbare Schülerinnen und Schüler noch wenige separate Einrichtungen geführt werden.

Die Bereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer ist da...

Der LCH hat sich 1999 in seinem Merkblatt «Schulen können Integrationsaufgaben meistern - aber nur mit der nötigen Ausrüstung» bereits positiv zum Integrationsauftrag geäußert, gleichzeitig aber die Gelingensbedingungen dazu genannt. In dieser wie auch in anderen Verlautbarungen (z.B. Berufsleitbild, Standesregeln, Manifest für ein wirkungsvolles Bildungswesen) hat der LCH immer wie-

der betont, dass die Lehrerschaft ihren Teil zum Gelingen integrativer Förderung beiträgt: Die Anerkennung von Heterogenität als Fakt in jeder Klasse, das Bemühen um eine entsprechende Schul- und Unterrichtsführung, die Verpflichtung zum sorgfältigen Abwägen, bevor zu Selektion und Delegation von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen geschritten wird, das Bemühen um stetige Weiterbildung, um die erforderliche Zusammenarbeit unter den Lehrpersonen und mit den anderen beteiligten Fachkräften sowie um eine seriöse Selbstreflexion bezüglich der eigenen Haltungen und Förderpraxis. Dies gelingt nur dann, wenn auch Ausbildung und Arbeitsbedingungen in Schule und Unterricht stimmen.

...aber es gibt klare Grenzen

Bereits heute werden verschärfte Anforderungen an die Integrationsfähigkeit des Unterrichts gestellt. Homogenität von Lerngruppen ist vielerorts nicht einmal mehr im Ansatz gewährleistet. Die Ursachen liegen auf der Hand: ethnische Durchmischung mit Kindern aus kulturell fernen und teilweise belasteten Verhältnissen, Schweizer Kinder aus bildungsfernen oder familiär verwahten Schichten sowie immer mehr Schülerinnen und Schüler, die durch Anforderungsinflation verbunden mit hohem Reklamationseinsatz in eine Klasse gelangt sind, die ihnen nicht die besten Voraussetzungen bieten kann. Dazu kommen die Folgen eines zunehmenden Absentismus und generelle gesellschaftliche Grundhaltungen der Schule gegenüber, welche Bildung als Konsumartikel begreifen, dessen Erwerb in der Verantwortung der Lehrperson liege. Das Baselbieter Bildungsgesetz verbreitet eine solche Ideologie ja ex lege. Dazu kommt: Die Wahnvorstellung, nach der sich ein richtiger Unterricht erst bei ausgebil-

deter Heterogenität entfalten könne, feiert Urständ. Die Folgen sind allenthalben zu besichtigen.

Ökonomische Vernunft vor Ideologie

Je höher der Integrierungsaufwand, desto später kann es im Unterricht an den Fachunterricht gehen und desto geringer fallen dort die Outputs aus.

Die zusätzliche Aufnahme nahezu aller sonderpädagogischen Fälle in die Regelklasse muss diese Problematik über ein ökonomisch vertretbares Mass hinaus verschärfen. Die Tatsache, dass dazu geschultes Hilfspersonal in den Unterricht eingeflogen werden muss, belegt die Überforderung dieser Unternehmung. Hilfspersonal bedeutet aber immer Mehraufwand für alle Beteiligten, ein Störpotenzial und damit zusätzliche Einbussen am Lernerfolg.

Die Tatsache, dass nach der Volksabstimmung über den neuen Finanzausgleich sich der Bund aus der finanziellen Verantwortung zurückzieht, rechtfertigt sachlich noch lange keinen Paradigmenwechsel im Unterricht. Dennoch ergreifen die Fans des Heterogenitätszirkus' die Gelegenheit, Integration total zu fordern. Wer für diesen «Grundsatzentscheid» gerade steht, wird aus den Dokumenten nicht klar, wie so oft im Bildungswesen, es sei jetzt halt einfach so, sagt der Genosse Trend, und es gibt auch Lehrpersonen, die sich in wildem Eifer in eine solche neue Aufgabe stürzen.

Nachdenken

Wo die bildungsökonomische Vernunft verletzt wird, und das ist hier klar der Fall, ist ein Scheitern programmiert. Immer mehr Schülerinnen und Schüler erhalten bereits heute spezielle Förderung, und der Effekt ist durchaus kontraproduktiv: die Lernerfolge nehmen damit generell keines-

wegs zu, aber die Nachfrage nach solchen Angeboten wird in dem Masse grösser, in dem die Belastbarkeit der Schülerinnen und Schüler abnimmt. Lernbereitschaft und die Durchhaltefähigkeit vieler Kinder gehen noch tiefer in den Keller. Wo sich so viele Fachleute um ein Kind bemühen, kann sich dieses eher den Unterricht als lästige Unterbrechung seiner Freizeit begreifen. Längst ist eine gigantische Förder- und Unterstützungsindustrie im Aufbau, immer mehr Beflissene bald jeder Couleur werkeln an den Kindern herum. Ein Projekt «Integrierte Förderung für alle» als Folge der NFA-Entscheidung würde diesen Bedarf an Hilfspersonal explodieren lassen.

Dazu kommt: Wenn HarmoS in den ersten acht Jahren Primarschule nicht einen Hauch von Selektion sehen will, gleichzeitig aber zwei Fremdsprachen gelernt werden und die Verweilzeiten in den einzelnen Schulstufen individuell gestaltet sein sollen, sind Ärger und Frust aber programmiert. In der Folge werden die Lehrpersonen, um ihre Nerven und ihre Berufsposition zu schonen, zunehmend auf Anforderungen verzichten, dann sind alle zufrieden, nur gelernt wird dabei immer weniger. Damit geriete die Schule zum Pfadilager.

Die «Gelingensbedingungen» sind weder gewollt noch bezahlbar

Der Schweizer Dachverband LCH hat zur Begleitung dieser Entwicklung «Gelingensbedingungen» formuliert, Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten, wenn eine Integration in dieser Dimension gelingen sollte. Diese Bedingungen wären im Idealfall alle irgendwie schön, wenn sie denn funktionieren täten. Zusätzlich lehrt jede Lebenserfahrung, dass die Realitäten im Vollzug erneut meilenweit von dieser Linie entfernt sein werden:

Im Vollbild würde das schlicht zu teuer, und in der deshalb zu erwartenden Billigvariante bliebe der Misserfolg an den Lehrerinnen und Lehrern hängen, da können sich die noch so anstrengen.

Erwartet werden dabei für die gesamte Volksschule aufwändige Aus- und Weiterbildungen, neue Ausbildungen für schulische Heilpädagoginnen, Umschulungen und Outplacements.

Die Schulleitungen sollten dann auch noch sonderpädagogisches Fachpersonal führen, dazu kämen «Case Management», «Ressourcensprechung und Ressourcenbeantragung» (ja welche denn?)

sowie «Zusammenarbeit mit Fachstellen und die Moderation der schulischen Zusammenarbeit von sonderpädagogischem Fachpersonal und Lehrerschaft. Angemessene zeitliche Dotation für diese neuen Aufgaben»: Es schmunzeln die Hühnervögel.

Ein Sonderpädagogikmoloch an jeder Schule?

Jetzt bräuchte es aber auch noch «praktikable und valide Instrumente für Diagnose, Planung und Kontrolle dieser Förderung, vor allem der Fördererfolge». Auch dazu braucht es die nötigen personellen und zeitlichen Ressourcen und natürlich wieder einmal besondere Lehrmittel und Lernhilfen. Das klappt in BL ja noch nicht einmal im Normalunterricht.

Der Aufwand für die Lehrpersonen soll in den Berufsauftrag integriert werden, nur wo denn bitte wäre noch mehr Zeit für 24 individuelle Unterrichtsprogramme, für Teamarbeit und für Zusammenarbeit mit den Eltern förderungsbedürftiger Kinder?

Selbstverständlich stünden den Lehrpersonen dann auch «niederschwellig

beanspruchbare Fachkräfte bei Problemen» zur Verfügung: Noch ein Aufzug im Stück «DerLehrerkanns-nichtallein», noch mehr Unterstützungs- und Therapisierungswahn.

In erreichbarer Nähe soll es daneben dann aber doch «separative Angebote» (zu deutsch: Sonderklassen) für Nichtintegrierbare geben. Wenn die Infrastruktur dann aber doch bereit stehen soll: Wozu dann der ganze Aufwand in den Regelklassen? Wieso denn kann der Kanton nach NFA nicht einfach das ganze Ding bezahlen - dafür ist ein Finanzausgleich wohl ein politisch austariertes Geben und Nehmen - und dabei wenigstens einmal die Kirche im Dorf lassen?

Da die Ressourcenzuteilung nicht mehr individuell pro Kind erfolgt, muss ein «Sozialindex» über die Regelklassen gelegt werden. Dieser soll «klar und differenziert und transparent und nachvollziehbar» abgefasst sein.

Das wäre in der Bildungsplanung aber eine Neuheit. Genauso wird dieser Sozialindex natürlich nicht ausfallen, aber er wird zum politischen Ärgernis erster Klasse und zur Regelschraube in Sachen Lehrpersonenbelastung geraten.

Zusätzlich soll der Kanton auch noch «Einsatzreserven» bereithalten, falls diese Ressourcen nicht ausreichen. «Das Konzept sichert die Kontinuität der Förderung und Integration über die ganze Schullaufbahn hinweg. Es lässt insbesondere keinen Bruch der Bemühungen beim Übergang zwischen den Schulstufen zu».

Wer glaubt im Ernst an so was?

Den Schaden hat einmal mehr der problemlose Schüler

Den Schaden werden einmal mehr die vielen Schülerinnen und Schüler

haben, die bereit und in der Lage wären, einem strukturierten anspruchsvollen Unterricht zu folgen. Sie werden sich vernachlässigt und um einen Teil ihrer Bildungschancen betrogen sehen, weil sie keine speziellen Ansprüche stellen, weil sie so dumm sind, ihre Aufgaben zu machen, regelmässig zur Schule zu kommen, im Unterricht aufzupassen und sich generell so zu verhalten, wie es das Bildungsgesetz vorsieht. Kann man es deutlicher sagen?

Deshalb die dringende Empfehlung: Hände weg von solchen Etüden.

**Wer den Schulbetrieb neben Har-
moS und den ohnehin bestehen-
den gesellschaftlich bedingten
Belastungen auch noch mit einer
Totalintegration verrückt machen
will, verstärkt nur die Talfahrt der
Volksschule.**

